

K 1 Sozial gerechte Klimawende in Schleswig-Holstein: Armut bekämpfen, Klima schützen!

Gremium: LAG Sozial- und Arbeitsmarktpolitik, Ingrid Nestle (KV Steinburg), Luca Brunsch (KV Kiel)

Beschlussdatum: 20.08.2020

Tagesordnungspunkt: 1. Anträge

Antragstext

1 Sozial gerechte Klimawende in Schleswig-Holstein: Armut bekämpfen, Klima
2 schützen!

3 Globale Klimakrise, wachsende soziale Ungleichheit und Armut. Die zentrale
4 Aufgabe unserer Gesellschaft heißt heute mehr denn je: Sozial gerechte
5 Klimawende! Wir GRÜNE stehen für eine Politik, die Klimaschutz und soziale
6 Gerechtigkeit konsequent zusammendenkt. Wir setzen uns ein für eine nachhaltige
7 und gerechte Gesellschaft und nehmen unsere politische Verantwortung ernst,
8 gemeinsam die Wege für eine sozial-ökologische Gesellschaft zu skizzieren. Für
9 uns ist klar: Klimapolitik ist Sozialpolitik!

10 Warum können Konzerne Milliarden am Fiskus vorbeischaffen? Warum werden kleine
11 Cafés klaglos einem völlig ungerechten Steuervorteil großer Ketten ausgesetzt?
12 Warum fokussiert sich die Debatte um Gerechtigkeit so oft auf Punkte, bei denen
13 versteckt wieder die Privilegien der Reichen verteidigt werden? Werden zum
14 Beispiel Kraftfahrstoffe vergünstigt, profitieren vor allem die Besserverdiener.
15 Es sind seltener die einkommensschwachen Haushalte, die verbrauchsintensive SUV
16 fahren. Die reichsten 10% verursachen in Deutschland fast so viel Treibhausgase
17 wie die ärmere Hälfte der Bevölkerung - weltweit sogar 5mal so viel.^[1] Wer also
18 CO₂-Ausstoß subventioniert, indem die Kosten der Klimakrise auf die
19 Allgemeinheit verlagert werden, subventioniert vor allem die Reichen. Mit dem
20 gleichen Argument könnte man auch Champagner auf staatliche Kosten günstiger
21 machen, damit die Ärmern sich zu Silvester ein halbes Glas besser leisten
22 können. Auf diese Idee käme keiner. Und genau so zynisch ist es, mit Verweis auf
23 die Defizite der Sozialpolitik keinen ehrlichen Preis auf CO₂ zu erheben. Die
24 Einnahmen aus dem CO₂-Preis könnten pro Kopf an alle Menschen gehen, dann hätten
25 die Ärmern einen finanziellen Vorteil, anstatt geduldig die externen Kosten der
26 Reichen zu übernehmen. Noch besser funktioniert das, wenn Hilfe zum sparsamen
27 Umgang mit Energie leicht zugänglich ist und zum Beispiel durch Contracting
28 nicht an den Kosten für die Investition scheitert. Viel zu oft gelingt es den
29 politischen Kräften, die sich an den entscheidenden Stellen immer gegen die
30 Bekämpfung der Armut und für die Freiheiten der Reichen einsetzen, bei Fragen
31 des Klimaschutzes ihre unsoziale Haltung hinter einem vorgetäuschten sozialen
32 Gewissen zu verstecken.

33 Es ist beschämend, dass es in unserem Land so viel Armut gibt, dass die
34 notwendigsten Maßnahmen zum Klimaschutz nicht anwendbar erscheinen. Wir müssen
35 Armut endlich auch klimapolitisch bekämpfen, anstatt die
36 Energieverschwendungsprivilegien der Reichen von der Allgemeinheit finanzieren
37 zu lassen!

38 (1) Es ist unsere Aufgabe als GRÜNE, die politischen Voraussetzungen dafür zu
39 schaffen, allen Menschen die Teilhabe an klimafreundlicher Technologie zu

40 ermöglichen. Wir stehen für eine ambitionierte Klimapolitik, die die Kosten
41 gerecht verteilt. Damit niemand benachteiligt oder ausgeschlossen wird, gilt es
42 soziales und ökologisches Existenzminimum zu verbinden und in klimapolitischen
43 Maßnahmen von Anfang an mitzudenken. Dafür unterstützen wir Initiativen von
44 Städten, Gemeinden und Kommunen bei der Einrichtung von Klimabüros und der
45 Berücksichtigung von Klimaschutzbeauftragten in den öffentlichen Stellenplänen.
46 Gemeinsam mit den kommunalen Vertretungen wollen wir Ideen diskutieren, wie
47 Bürgerbeteiligung in Klimafragen noch besser gelingen kann, z.B. durch
48 Klimaortsbeiräte oder ehrenamtlichen Klima-Scouts.

49 (2) Schleswig-Holstein, das Land der Energiewende, wird Vorreiter für die
50 sozial-ökologische Transformation! Die Klimawende gemeinsam schaffen und
51 energiepolitisch weiter voranzugehen bedeutet, dass wir uns konsequent für eine
52 sinnvolle soziale Steuerpolitik und effektive Gerechtigkeitslösungen einsetzen.
53 Daher unterstützen wir die Initiative der GRÜNEN auf Bundesebene zur Einführung
54 eines Energiegeldes für alle Bürger*innen, das Bestandteil im „Klimaschutz
55 Sofortprogramm“ aus dem Juni 2019 ist. Wir setzen uns für die Ausweitung von PV-
56 Anlagen ein, die nicht nur bei den ohnehin schon Besserverdienenden ankommt und
57 forcieren stattdessen eine soziale, solidarische Reform der Förderung. Hierzu
58 zählt auch die Vereinfachung der Beteiligung an der Energiewende in kleinem
59 Rahmen, z.B. über eine unbürokratische Lösung Mieter und Bürger von der PV-
60 Anlage auf dem Dach profitieren zu lassen. Die Ausweitung genossenschaftlicher
61 Projekte insbesondere in den Bereichen Ernährung und Energie kann ein wichtiger
62 Beitrag zur Lösung sein.

63 (3) Die technischen Lösungen für klimaverantwortliches Leben sind längst da und
64 bezahlbar. Die Anwendung setzt professionelles Know-How und eine deutlich
65 veränderte (technische, digitale, bauliche) Infrastruktur voraus. Ob in den
66 Bereichen klimafreundlicher Mobilität, effizienter Energienutzung, nachhaltigen
67 Bauens oder ökologischer Lebensmittelversorgung: Wir erkennen die besondere
68 Bedeutung der hierfür notwendigen Berufe an und wertschätzen die Arbeit der
69 erforderlichen Fachkräfte als maßgebende Träger*innen und Akteur*innen der
70 Klimawende. Daher setzen wir uns nicht nur für die Förderung von Umschulungen
71 und Fortbildungen im Bereich der Erneuerbaren Energien und ihrer Infrastruktur
72 ein, sondern vehement auch für die Ausweitung sowie Stärkung des Berufs- und
73 Ausbildungsangebotes.

74 (4) Damit die sozial gerechte Klimawende kein leeres Versprechen bleibt,
75 brauchen wir das Engagement von Menschen. Wir setzen uns dafür ein, Ideen für
76 individuelle Anreize zu klimaverantwortlichem Verhalten zu prüfen und
77 entsprechend zu fördern. Daher sollen mögliche steuerliche Anreize geprüft
78 werden, die Arbeitgeber*innen günstige Zusatzleistungen wie z.B. das ÖPNV-
79 Jobticket oder die Nutzung von Dienstfahrrädern ermöglicht. Betriebe mit einem
80 hohen berufsbedingten Bedarf an PKW-Nutzung sollen zudem bei der Umstellung auf
81 Lastenräder, E-Kleinfahrzeuge und E-Autos unterstützt und steuerliche
82 Förderungsmöglichkeiten hierfür geprüft werden. Wir unterstützen den Umstieg vom
83 Auto auf das Fahrrad für den täglichen Arbeitsweg und setzen uns für
84 individuelle Maßnahmen klimafreundlicher Mobilität ein.

85 Wir wollen:

- 86 • Ein Energiegeld pro Kopf finanziert durch einen Preis auf Treibhausgase,
87 der den tatsächlichen Schadenskosten entspricht - damit Klimaschutz die
88 Armen reicher macht und nicht umgekehrt!
- 89 • Gerechte Besteuerung auch internationaler und digitaler Konzerne, damit
90 alle ihren Beitrag zum Überleben unserer Gesellschaft leisten. Das
91 beinhaltet u.a.: Einführung europäischer Mindeststeuern, mit der Utopie
92 weltweiter Mindeststeuern im Rahmen der WTO; massiver Ausbau der
93 Steuerfahndung; Ausschluss aller Staatshilfen für Unternehmen, die
94 „Steuerparadiese“ nutzen!
- 95 • Den Grundbedarf an Strom günstig machen und dafür die Ausnahmen bei der
96 EEG-Umlage für Großverbraucher einschränken!
- 97 • Möglichst vielen Menschen den Anschluss an kostengünstige Wärmenetze
98 ermöglichen!
- 99 • Stromabschaltungen reduzieren oder sogar abschaffen, indem stattdessen
100 säumigen Zahler*innen eine Energieberatung zur Verfügung gestellt wird.
- 101 • Die Nebenkosten und Heizkosten für energetische Sanierungen durch eine
102 höhere finanzielle Förderung senken!
- 103 • PV-Anlagen auch für Mieter unbürokratisch und sicher attraktiv machen,
104 Kleinstsolaranlagen regulatorisch ermöglichen!
- 105 • PV-Strom vom eigenen Dach unbürokratischer attraktiv machen!
- 106 • ÖPNV günstiger machen und im ländlichen Raum deutlich mehr Angebote
107 schaffen und so die Mobilität von Menschen ohne eigenem Auto deutlich
108 verbessern!
- 109 • Mehr Wertschätzung und Unterstützung für Handwerker*innen, die den
110 Großteil der Energiewende praktisch umsetzen!
- 111 • Unterstützung für Betriebe beim Umstieg auf Lastenräder und
112 Elektrokleinfahrzeuge!
- 113 • Förderung des Berufs- und Ausbildungsangebots inkl. Umschulungen und
114 Fortbildungen in den Bereichen der Erneuerbaren Energien und ihrer
115 Infrastruktur!
- 116 • Unterstützung von Städten, Kommunen und Gemeinden bei Initiativen zur
117 klimapolitischen Bürgerbeteiligung und Information, z.B. durch Klimabüros,
118 Klimaschutzbeauftragte, ehrenamtliche Klima-Scouts oder Klimabeiräte!

119 [\[1\]Oxfam\(2015\): Extreme Carbon Inequality. Why the Paris climate deal must put](https://oi-files-d8-prod.s3.eu-west-2.amazonaws.com/s3fs-public/file_attachments/mb-extreme-carbon-inequality-021215-en.pdf)
120 [the poorest, lowest emitting and most vulnerable people first, S.4+9. Abgerufen](https://oi-files-d8-prod.s3.eu-west-2.amazonaws.com/s3fs-public/file_attachments/mb-extreme-carbon-inequality-021215-en.pdf)
121 [am 25.5.2020 unter: https://oi-files-d8-prod.s3.eu-west-2.amazonaws.com/s3fs-](https://oi-files-d8-prod.s3.eu-west-2.amazonaws.com/s3fs-public/file_attachments/mb-extreme-carbon-inequality-021215-en.pdf)
122 [public/file_attachments/mb-extreme-carbon-inequality-021215-en.pdf](https://oi-files-d8-prod.s3.eu-west-2.amazonaws.com/s3fs-public/file_attachments/mb-extreme-carbon-inequality-021215-en.pdf)

Begründung

Eine mutige Klimapolitik ist die Voraussetzung für eine offene und gerechte Gesellschaft. Um den anstehenden Herausforderungen der Zukunft gerecht zu werden, wollen wir die soziale Lebenswirklichkeit von Menschen in Klimaschutzfragen einbeziehen und die notwendigen Instrumente für eine sozial gerechte Klimapolitik schaffen. Denn mit Blick auf die erforderlichen Veränderungen unserer klimaschädlichen Lebens- und Wirtschaftsweise stellt sich längst nicht mehr nur die Frage nach dem individuellen Willen und der Bereitschaft des Einzelnen. Niemand darf aufgrund seiner finanziellen Möglichkeiten oder sozialen Hintergrunds benachteiligt oder ausgeschlossen werden.

Mit diesem Antrag möchten wir uns für eine sichtbarere GRÜNE Sozialpolitik einsetzen. Dies ist ein Angebot und ein Appell an die Partei, unsere Vision einer sozial-ökologischen Gesellschaft gemeinsam neu zu definieren. Lasst es uns zukünftig noch wirksamer nach außen tragen. Viele unserer Mitbürger*innen befürchten, dass durch eine an die Pariser Klimaziele orientierte Klimapolitik, insbesondere durch die CO₂-Bepreisung ab dem Jahr 2021, die Klimawende für sie fast unbezahlbar, mit enormen Belastungen einhergehen wird. Wir wollen diese Sorgen ernst nehmen und durch sichtbar entlastende Maßnahmen um Vertrauen für unsere GRÜNE Klimapolitik werben.

Unterstützer*innen

Michael Hegger (KV Dithmarschen); Ann-Kathrin Tranziska (KV Pinneberg); Carola Köster-Wiens (KV Lübeck); Gerd Weichelt; Martin Drees; Stephan Wiese (KV Lübeck); Kurt Reuter (KV Stormarn); Sarah Heider (KV Kiel); Peer Rieck (KV Steinburg); Gazi Sikican; Sina Clorius (KV Schleswig-Flensburg); Ruth-Maria Obiang Nve (KV Kiel); Lars Bergmann (KV Rendsburg-Eckernförde); Ulrich Hühn (KV Kiel); Bianka Ewald (KV Pinneberg); Christof Martin (KV Rendsburg-Eckernförde); Anne-Kathrin Ahsbahs (KV Pinneberg); Pamela Masou (KV Pinneberg); Kerstin Hanert-Möller (KV Dithmarschen); Maïke Callsen (KV Plön); Ricarda Dethloff (KV Rendsburg-Eckernförde); Nadine Mai (KV Pinneberg); Bruno Hönel (KV Lübeck); Dirk Kock-Rohwer; Dave Kolboom (KV Steinburg); Denise Loop (KV Dithmarschen); Sonja Kindlein (KV Pinneberg); Dennis Heine; Burak Kocaaslan (KV Kiel); Klaus-Christian Kalkhoff (KV Rendsburg-Eckernförde); Petra Kärgel (KV Pinneberg); Marlene Langholz-Kaiser (KV Flensburg); Nele Johannsen (KV Ostholstein); Malte Richert (KV Segeberg); Kornelia Mrowitzky (KV Herzogtum Lauenburg); Torsten Litschke; Nelly Waldeck (KV Kiel); Judith Bach (KV Lübeck); Jasper Balke (KV Lübeck); Mayra Vriesema (sie); Lasse Bombien (KV Rendsburg-Eckernförde); Hasso Seibert (KV Rendsburg-Eckernförde); Andrea Eva Dreffein-Hahn (KV Pinneberg); Mandy Siegenbrink (KV Lübeck); Peter Schüler; Georg Wilkens (KV Rendsburg-Eckernförde); Jakob Brunken (KV Ostholstein); David-Willem Poggemann (KV Kiel); Manfred Sallach (KV Steinburg); Malte-Jannik Krüger (KV Steinburg); Daniel Stephen Kolmorgen (KV Kiel); Hans-Peter Hopp (KV Ostholstein); Ulrich Ketelhodt (KV Kiel); Andreas Tietze, KV Nordfriesland; Arne Langniß (KV Kiel); Mathias Schmitz (KV Pinneberg); Jakob Blasel (KV Rendsburg-Eckernförde); Silke Schiller-Tobies; Ulrike Täck